

# Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

## Desinformation

Die von Politik und Medien betriebene Diskussion über die Euro-Krise trägt oft mehr zur Vernebelung als zur Erhellung von Fakten und Risiken bei. Der Bürger fühlt sich durch die Vielfalt an Zahlen, Deutungen, Thesen und Interpretationen zunehmend überfordert – und wendet sich mit Grausen ab. Genau dieser Desinformations-Effekt ist einigen Spin-Doktoren wie dem Leiter der Euro-Gruppe und dem EZB-Präsidenten wohl nicht unlieb. Anders ist die dreiste Ansage von Jean Claude Juncker („Wenn es kein Geschrei und keine Aufstände gibt, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, machen wir weiter“) nicht zu verstehen.

## Makulatur

Der noch im Frühsommer von der Bundesregierung vermittelte Eindruck, das griechische Fass ohne Boden nicht weiter füllen zu wollen, ist dem offenkundigen Vorsatz zum bedingungslosen und unlimitierten Weiterretten gewichen. Die hellenische Regierung nimmt diese „Augen zu und durch“-Politik zum Anlass, um die Realisierung der von ihr zugesagten Reformen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben. Sie verlässt sich darauf, dass ihr wegen der viel beschworenen Domino-Stein-Theorie keine echten Sanktionen drohen. Und diese Erkenntnis nimmt auch von den anderen Nehmerländern jeglichen Reformdruck. Der von Kritikern mit „Europäischer Schulden-Mechanismus“ übersetzte neue Rettungsschirm ESM wurde von interessierter Seite schon als unzureichend bezeichnet, bevor er überhaupt in

Kraft getreten ist. Abenteuerliche Hebel-Konzepte würden die deutschen Risiken ins Unermessliche steigen lassen. Der Maastricht-Vertrag ist in wesentlichen Punkten durch die vorsätzlichen und ungeahndeten Verstöße zu Makulatur geworden.

## Tarnen und Täuschen

Die EZB ist offensichtlich finster entschlossen, durch den unbegrenzten Ankauf „fauler“ Staatsanleihen alle Versuche, das Schulden-Chaos einzugrenzen, zu konterkarieren. Und die Hoffnung, die Deutsche Bundesbank werde notfalls per Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen diese verdeckte Staatsfinanzierung vorgehen, erscheint ebenso begründet wie die Annahme, dass der Eurogruppen-Chef („Wenn es ernst wird, muss man lügen“) bei seinen Winkelzügen zur Durchsetzung der irreversiblen Transfer- und Schuldenunion noch Rücksicht auf deutsche Interessen nimmt.

## Mehrheitswille

Die Akzeptanz des Euro in der deutschen Bevölkerung stürzt weiter ab. Sieben von zehn Bürgern meinen, dass Deutschland mit der DM besser dastünde. Der großen Koalition der Euro-Fans gehen allmählich die Beschönigungen aus. Um sich der Nachprüfbarkeit der Argumentation zu entziehen, werden vorrangig „politische“ Thesen im Stil der tibetanischen Gebetsmühle bemüht. („Der Euro ist eine Frage von Krieg und Frieden“. Oder: „Fällt der Euro, fällt Europa“.) Bisher scheint es zu gelingen, das Scheitern der Gemeinschaftswährung durch dumpfe Angstmacherei zu vernebeln.

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Noch wäre Zeit, die auf Sicht existenzbedrohende Schuldenspirale durch geordnete Austritte aus der Eurozone zu durchbrechen. Noch besteht die Freiheit, sich für das im Sinne des Mehrheitswillens kleinere Übel zu entscheiden. Je länger diese Entscheidung verzögert wird, desto teurer werden die Konsequenzen für die Bundesrepublik. Und umso mehr wächst die Gefahr, dass das unkalkulierbare Euro-Abenteuer letztlich auch hierzulande zu Staatsbankrott, Währungsreform und sozialen Unruhen führen wird. Der ehrlichste Weg wäre ein Volksentscheid. Weil der Ausgang absehbar ist, werden Merkel, Schäuble, Rösler, Gabriel, Roth & Co. alles tun, um dieses urdemokratische Verfahren zu verhindern.

## Verfassungshüter

Eine desillusionierende Zwischenbilanz zieht ein emeritierter Verfassungsrechtler nach der Urteilsverkündung des BVerfG zum ESM im vertrauten Gesprächskreis. Die Gewaltenteilung als demokratisches Grundprinzip werde zunehmend ausgehöhlt. Wenn die Exekutive, also die Bundesregierung, in eumantischer Verblendung nachhaltig gegen ihren Amtseid, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, verstoße, so sei dies in der Geschichte der Bundesrepublik einzigartig. Wenn die Legislative, also der Bundestag,

immer neue „Rettungsprogramme“ zulasten der Steuerzahler nahezu kritiklos durchwinke, so denaturiere sich das Parlament zur willfährigen Abnickveranstaltung. Wenn sich aber selbst die Judikative, also hier das Bundesverfassungsgericht, ihrer zentralen Verpflichtung, das Grundgesetz zu schützen, aus Angst vor den von der Politik heraufbeschworenen Weltuntergangsszenarien entziehe, dann sei Deutschland auf dem Wege zur Bananenrepublik. Niederschmetternd sei dabei vor allem die Erkenntnis, dass die Rücksicht auf politische Konsequenzen den höchsten Richtern wichtiger sei als eine unabhängige Urteilsfindung. Wenn die Folgenabwägung zur Vernachlässigung zentraler Rechtsgrundsätze führe, dann hebele sich die höchstrichterliche Rechtsprechung selbst aus. Vorwegeilen der Gehorsam und politischer Opportunismus im Sinne einer europäischen Political Correctness ersetzen – so der Professor – das frühere Selbstverständnis der Verfassungshüter. Damit stelle sich der Rechtsstaat auf Sicht in nie gekannter Weise in Frage. Vor diesem Hintergrund ergäben sich neue Fragen nach der Legitimation des Berufungssystems und Ernennungsverfahrens der Verfassungsrichter, die bekanntlich auf ebenso verschlungenen wie parteipolitischen Wegen in Amt und Würden kommen.